



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Sri Lanka – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

03. Januar 2022

Strengere Vorschriften für internationale Eheschließungen

Seit dem 01.01.22 dürfen Ausländerinnen und Ausländer sri-lankische Staatsangehörige nur noch mit der Erlaubnis des Verteidigungsministeriums in Form eines sogenannten „Security Clearance Report“ heiraten. Um diesen zu erhalten, müssen sie u.a. ein polizeiliches Führungszeugnis aus ihrem Heimatland vorlegen und sich einer Gesundheitsuntersuchung unterziehen. Offiziellen Angaben zufolge handelt es sich dabei um eine Maßnahme zur Eindämmung von Geldwäsche und Drogenhandel. Teile der Opposition und zivilgesellschaftliche Gruppen kritisieren die Regelung als diskriminierend, da sie vor allem Tamilinnen und Tamilen betrifft. Zwischen ihnen werden die meisten internationalen Ehen geschlossen, wobei es sich bei den ausländischen Partnerinnen und Partnern oft um Nachkommen von vor dem Bürgerkrieg geflohenen Personen handelt.

31. Januar 2022

Schulden- und Wirtschaftskrise: Druck auf die Regierung wächst

Die wirtschaftliche Situation im Land verschlechtert sich zunehmend und die ausländischen Devisenreserven schwinden (vgl. BN v. 06.09.21 u. 29.11.21). Angaben der Zentralbank von Sri Lanka vom 21.01.22 zufolge stieg die Inflationsrate im Dezember 2021 auf 14 % (November 2021: 11,1%) und auch die Preise für Lebensmittel steigen weiter deutlich. Importgüter wie bspw. medizinische Güter, Gas und Treibstoff sind Berichten zufolge zunehmend schwer zu erhalten. Aufgrund fehlenden Treibstoffs kam es in den vergangenen Wochen mehrfach zu angekündigten und unangekündigten Stromausfällen. In dem am 26.01.22 veröffentlichten Schuldenreport 2022 führen das Bündnis erlassjahr.de und das Hilfswerk Misereor aus, dass die Verschuldung des Landes im Verhältnis zu den öffentlichen Staatseinnahmen bei mehr als 1.000 % liege. Bis 2028 seien jährlich durchschnittlich an das Ausland 4,4 Mrd. USD an Schuldendienstzahlungen fällig. Die durchschnittlichen jährlichen Staatseinnahmen betragen lediglich sieben Mrd. USD.

Reform des umstrittenen Terrorismusgesetzes angekündigt

Am 27.01.22 kündigte die Regierung einen Gesetzentwurf mit Änderungen des 1979 in Kraft getretenen Prevention of Terrorism Act (PTA) an. Die UN, die EU und Menschenrechtsorganisation kritisieren das Gesetz seit Langem (vgl. BN v. 28.06.21). Berichten zufolge kündigte Präsident Gotabaya Rajapaksa bei einer Rede an das Parlament am 18.01.22 zudem Reformen im Bereich der Menschenrechte an und signalisierte Bereitschaft, Vorschläge der internationalen Gemeinschaft zu Menschenrechtsfragen anzunehmen.

14. Februar 2022

Gericht ordnet vorübergehend Freilassung von inhaftiertem Anwalt an

Am 07.02.22 ordnete ein sri-lankisches Gericht die Freilassung auf Kautions des seit April 2020 inhaftierten muslimischen Anwalts Hejaaz Hizbullah an. Hizbullah, hat sich als Fürsprecher der muslimischen Minderheit des Landes einen Namen gemacht hat. Von Seiten der Sicherheitsbehörden wurde ihm eine Verbindung zu den terroristischen Anschlägen am 21.04.19 vorgeworfen. Im Zuge der Ermittlungen konnten jedoch keine Beweise für eine Beteiligung vorgelegt werden, die Anklagepunkte gegen ihn wurden mehrfach verändert. Die letzte Anklage wurde am 18.02.21 durch den Obersten Gerichtshof wegen der „Anstiftung zu kommunaler Disharmonie“ unter dem Prevention of Terrorism Act (PTA) erhoben. Am 15.12.21 wurde Ahnaf Jazeem, ein muslimischer Poet, ebenfalls nach monatelanger Haft auf Kautions entlassen. Er wurde im Mai 2020 unter dem PTA wegen des Vorwurfs, Extremismus befördert zu haben, verhaftet. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Inhaftierungen und setzten sich für die Freilassung der beiden Männer ein. Das Europäische Parlament äußerte sich besorgt über die Fälle.

HRW-Bericht zu Terrorismusgesetz

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) veröffentlichte am 07.02.22 einen Bericht über das umstrittene Terrorismusgesetz PTA. Der überwiegend gegen Angehörige der tamilischen und muslimischen Minderheit sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen angewandte PTA habe in der Vergangenheit zu willkürlichen Inhaftierungen sowie Folter und Misshandlung zur Erlangung von Geständnissen geführt, so die Organisation. HRW kritisiert, dass selbst bei einer Implementierung der am 27.01.22 seitens der Regierung vorgestellten Anpassungen (vgl. BN v. 31.01.22) der missbräuchliche Rahmen des PTA weiterhin bestehen bleibe. So wird u.a. darauf verwiesen, dass der Änderungsentwurf keine Definition von Terrorismus beinhalte und Verhaftungen ohne Haftbefehl sowie Inhaftierung bis zu zwölf Monaten (zuvor 18 Monate) ohne richterlichen Beschluss weiterhin ermögliche. Menschenrechtsverteidigenden zufolge komme es nach wie vor regelmäßig zu Verhaftungen unter dem PTA, eine unabhängige Überprüfung sei jedoch häufig nicht mehr möglich, u.a. aufgrund des Verlusts der Unabhängigkeit der Human Rights Commission of Sri Lanka (HRCSL). HRW verweist auf einen Briefwechsel mit der HRCSL im Januar 2022, dem zufolge im Jahr 2021 109 Verhaftungen unter dem PTA registriert worden seien und sich aktuell (Stand: 07.01.22) 392 Personen unter dem PTA in Untersuchungshaft befänden und 92 weitere mit einem Haftbefehl unter dem PTA inhaftiert seien. HRW bekräftigt im Bericht die Forderung, den PTA aufzuheben und zwischenzeitlich, bis zur Ausarbeitung eines annehmbaren Gesetzes, ein sofortiges Moratorium für die Anwendung des PTA zu verhängen.

28. Februar 2022

Neuer UN-Bericht zur Menschenrechtsslage

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) veröffentlichte am 25.02.22 einen neuen Bericht für den UN-Menschenrechtsrat zu den Entwicklungen in dem Inselstaat. Darin werden einerseits jüngste Schritte zu Reformen begrüßt, andererseits jedoch große Besorgnis über eine Reihe von Entwicklungen im Menschenrechtsbereich geäußert. Insbesondere werden dabei Rückschritte bezüglich der Rechenschaftspflicht für vergangene Menschenrechtsverletzungen sowie die nach wie vor prekäre Situation der Angehörigen verschwundener Personen hervorgehoben. Zudem komme es insbesondere im Norden und Osten des Landes weiterhin zu Überwachung und Schikane von Zivilgesellschaft, Medienschaffenden und Menschenrechtsverteidigenden durch Sicherheitskräfte. Dies wurde bereits in früheren Berichten hervorgehoben. Weiter wird von anhaltenden Tendenzen der Militarisierung sowie ethno-religiösem Nationalismus berichtet, die demokratische Institutionen untergraben, Aussöhnung behindern und Ängste von Minderheiten vergrößern. Die angekündigten Anpassungen des Terrorismusgesetzes (PTA) (vgl. BN v. 14.02.22) werden als nicht ausreichend bezeichnet und die Regierung wird aufgefordert, ein Moratorium für die Anwendung des PTA zu verhängen.

21. März 2022

Tausende demonstrieren gegen Regierung

Rd. 30.000 Menschen nahmen am 15.03.22 an einer Demonstration vor dem Büro des Präsidenten in Colombo teil, um gegen die Regierung zu demonstrieren, die sie für die schlechte Wirtschaftslage verantwortlich machen. Angeführt wurden die Proteste von der Oppositionsallianz Samagi Jana Balawegaya (SJB). Oppositionsführer Sajith Premadasa, der in der Präsidentschaftswahl im November 2019 Gotabaya Rajapaksa unterlegen war, forderte den Präsidenten auf zurückzutreten oder die für 2024 angesetzten Präsidentschaftswahlen vorzuziehen. Die Demonstrationsteilnehmenden trugen u.a. Stirnbänder mit der Aufschrift „Gota go home!“. Aufgrund der anhaltend schlechten Wirtschaftslage und der hohen Staatsverschuldung (vgl. BN v. 06.09., 29.11.21 u. 31.01.22) ist der Import von grundlegenden Gütern wie bestimmten Lebensmitteln und Medikamenten eingeschränkt, mit stark steigenden Preisen als Konsequenz. Dies wird für viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend zum Problem und der Unmut über die Regierung wächst. Immer wieder kommt es zu Protesten. In den vergangenen Wochen nahm die Treibstoffknappheit zu und Menschen mussten Berichten zufolge vor Tankstellen teilweise mehrere Tage warten, um ihre Autos betanken zu können. Stromausfälle sowie Behinderungen des inländischen Transports grundlegender Güter mehren sich. In weniger als einer Woche verlor die inländische Währung ein Drittel ihres Wertes. Die Regierung kündigte vor Kurzem Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) an. Beobachtende sprechen von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit 1948.

28. März 2022

Umstrittenes Terrorismusgesetz geändert

Am 22.03.22 beschloss das sri-lankische Parlament die zuvor seitens der Regierung eingebrachten Änderungen des umstrittenen Prevention of Terrorism Act (PTA). Menschenrechtsorganisationen, die UN und die EU kritisieren das Gesetz seit Langem (vgl. BN v. 28.06.21). Auch mit den verabschiedeten Änderungen bleibe der missbräuchliche Rahmen des PTA weiter intakt, so Menschenrechtsorganisationen (vgl. BN v. 01.02.22).

04. April 2022

Proteste gegen Wirtschaftskrise, Ausrufung des Ausnahmezustands, Rücktritt des Kabinetts

Am 31.03.22 kam es bei einem Protest in der Nähe der Residenz des Präsidenten Gotabaya Rajapaksa in Colombo zu Ausschreitungen. Rd. 3.000 Teilnehmende forderten den Rücktritt des Präsidenten sowie seines Kabinetts. Mehrere Fahrzeuge von Polizei und Militär wurden durch Demonstrierende in Brand gesetzt. Sicherheitskräfte setzten Berichten zufolge Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse ein, um die Demonstrierenden davon abzuhalten, das Wohnhaus des Präsidenten zu stürmen. Etwa 50 Personen wurden verletzt, darunter fünf Sicherheitskräfte, rd. 47 Personen sollen Berichten zufolge verhaftet worden sein. Bereits in den Wochen und Tagen zuvor kam es immer wieder zu vorwiegend kleineren Protesten. Mit Wirkung vom 01.04.22 rief die Regierung einen landesweiten Ausnahmezustand aus. Die Militärpräsenz wurde massiv erhöht. Für die Dauer von 36 Stunden wurde am Abend des 02.04.22 eine landesweite Ausgangssperre verhängt. Dennoch kam es am 02.04. und 03.04.22 landesweit zu Protesten. Am Sonntag sollen sich daran landesweit über 20.000 Personen beteiligt haben. U.a. in Kandy (Zentralprovinz) setzten Sicherheitskräfte Tränengas gegen Studierende ein. Ohne Zwischenfälle verliefen Demonstrationen in anderen Landesteilen. Für den 04.04.22 sind weitere große Kundgebungen angekündigt. Berichten zufolge wurde am 03.04.22 der Zugang zu sozialen Medien durch die Regierung zeitweise gesperrt. Nach einer Krisensitzung in der Nacht auf den 04.04.22 reichte das 26-köpfige Kabinett geschlossen seinen Rücktritt ein. Präsident Gotabaya Rajapaksa sowie sein Bruder Mahinda, der das Amt des Premierministers bekleidet, bleiben den Angaben folgend im Amt. Das Land durchlebt aktuell die größte Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit (vgl. u.a. BN v. 29.11.21, 31.01.22 u. 21.03.22).

11. April 2022

Andauernde Proteste, Regierungskoalition verliert Mehrheit im Parlament

Die Proteste in dem Inselstaat setzen sich täglich landesweit fort (vgl. BN v. 04.04.22). Mit den Slogans „Gota go home“ und „Gota must go“ werden Neuwahlen und der Rücktritt des Präsidenten gefordert. U.a. am 08.04.22

hielten Sicherheitskräfte mit Tränengas und Wasserwerfern rd. 4.000 Studierende davon ab, das Parlamentsgebäude zu betreten. Mit dem Rückzug von mind. 41 Abgeordneten aus der Regierungskoalition verlor diese am 05.04.22 ihre Mehrheit im Parlament. Zum 06.04.22 hob der Präsident den fünf Tage zuvor verkündeten Ausnahmezustand auf. Berichten zufolge hat sich die Rupie des Landes zur derzeit weltweit am schlechtesten bewerteten Währung entwickelt. Bislang weist Präsident Gotabaya Rajapaksa die Schuld an der Wirtschaftskrise zurück und schließt einen Rücktritt aus. Derweil warnen Ärzteverbände vor den dramatischen Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, da bereits jetzt wichtige Medikamente fehlen. Unabhängige Menschenrechtsexpertinnen und -experten der UN forderten die Regierung dazu auf, die Grundrechte der Versammlungsfreiheit und freien Meinungsäußerung bei friedlichen Protesten zu gewährleisten.

25. April 2022

Andauernde Proteste, ein Todesopfer durch Polizeischüsse, Umbildung des Kabinetts

Die Massenproteste im Land dauern weiter an. Bei einer Demonstration gegen die steigenden Benzinpreise wurde am 19.04.22 ein Mann in der Stadt Rambukkana (Provinz Sabaragamuwa) von der Polizei erschossen und mindestens zwölf weitere Personen wurden verletzt. Seit rd. drei Wochen campieren in der Nähe des Büros des Präsidenten in Colombo zahlreiche Menschen und fordern den Rücktritt des Präsidenten. Am 12.04.22 teilte die Regierung mit, die nächste Rate auf die Auslandsschulden von über 50 Mrd. US-Dollar nicht begleichen zu können und am 18.04.22 begannen Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF), der Weltbank und anderen, um wirtschaftliche Nothilfemaßnahmen zu diskutieren. Ebenfalls am 18.04.22 bildete der Präsident das Kabinett um. Außer dem Premierminister und Bruder des Präsidenten, Mahinda Rajapaksa, ist in dem neuen 17-köpfigen Kabinett kein Familienmitglied mehr vertreten. Am 19.04.22 kündigte der Premierminister einem Bericht zufolge eine Verfassungsänderung an, die die Befugnisse des Präsidenten beschränken und die Rechte des Parlaments stärken sollen.

09. Mai 2022

Erneute Ausrufung des Ausnahmezustands, Premierminister reicht Rücktritt ein

Als Reaktion auf landesweite Streiks und anhaltende Proteste gegen Misswirtschaft und Korruption der Regierung ließ Präsident Gotabaya Rajapaksa am 06.05.22 zum zweiten Mal innerhalb von fünf Wochen den Ausnahmezustand verhängen (vgl. BN v. 04.04.22). Die Maßnahme diene dem Schutz der öffentlichen Ordnung und der Aufrechterhaltung von Lieferketten und Dienstleistungen. Zuvor war die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas gegen Protestierende in Colombo vorgegangen, die Berichten zufolge erneut das Parlament und Häuser von Regierungsmitgliedern stürmen wollten. Am 09.05.22 kam es in Colombo zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Demonstrierenden und Unterstützenden der Regierung, nachdem letztere Berichten zufolge ein Protestcamp angegriffen hatten. Polizeikräfte intervenierten mit Tränengas und Wasserwerfern. Mindestens 78 Personen wurden verletzt. Daraufhin wurde eine Ausgangssperre verhängt. Ebenfalls am 09.05.22 reichte verschiedenen Quellen zufolge Premierminister Mahinda Rajapaksa seinen Rücktritt ein. In der ersten Maiwoche sind die Geldreserven des Landes von 1,9 Mrd. USD auf 50 Mio. USD (rd. 47,5 Mio. EUR, Stand: 09.05.22) gesunken.

16. Mai 2022

Mehrere Todesopfer, Evakuierung Mahinda Rajapaksas, Wickremesinghe neuer Premierminister

Nach der gewalttätigen Eskalation und dem Rücktritt von Premierminister Mahinda Rajapaksa am 09.05.22 (vgl. BN v. 09.05.22) kam es im Laufe des Tages und der Nacht auf den 10.05.22 zu weiteren Ausschreitungen. Protestierende des regierungskritischen Lagers setzten Berichten zufolge in mehreren Landesteilen Dutzende Häuser der Rajapaksa-Familie, ehemaliger Kabinettsmitglieder sowie von Parlamentsabgeordneten in Brand. Zahlreiche Fahrzeuge wurden beschädigt. Im Zuge der Gewalt des Tages und der Nacht sollen mindestens neun Menschen gestorben und die Zahl der Verletzten auf über 300 gestiegen sein. Rd. 230 Personen wurden Angaben zufolge verhaftet. Der zurückgetretene Premierminister wurde noch in der Nacht gemeinsam mit seiner Familie per Hubschrauber aus seinem Wohnhaus in Colombo evakuiert, als Protestierende versuchten, das Gebäude zu stürmen. Lokalen Medien zufolge wurde er auf einen Marinestützpunkt in Trincomalee (Ostprovinz) gebracht. Protestierende werfen ihm die Initiierung der Angriffe auf regierungskritische Demonstrierende vor (vgl. BN v.

09.05.22) und fordern dessen Verhaftung. Am 10.05.22 wies das Verteidigungsministerium Sicherheitskräfte an, auf Personen zu schießen, die öffentliches Eigentum zerstören oder Menschenleben gefährden. Mit dem Rücktritt des Premierministers wurde das gesamte Kabinett aufgelöst. Am 12.05.22 wurde der Oppositionspolitiker Ranil Wickremesinghe (United National Party, UNP) als neuer Premierminister vereidigt. Er übernimmt das Amt bereits zum sechsten Mal und zählt zum politischen Establishment. Innerhalb von Opposition und Bevölkerung genießt er Beobachtenden zufolge keine breite Unterstützung und soll den Rajapaksas nahestehen. Bislang ernannte er vier Kabinettsmitglieder aus der regierenden Sri Lanka Podujana Peramuna (SLPP).

23. Mai 2022

Weitere Demonstrationen, Umbildung der Regierung

Die Proteste und Demonstrationen wegen der Lebensmittel-, Benzin- und Medikamentenknappheit dauern weiter an. Die Demonstrierenden fordern nach wie vor den Rücktritt des Präsidenten Gotabaya Rajapaksa. Mehreren Berichten zufolge versuchten Hunderte Studierende am 19.05.22 auf das Gelände des Wohnsitzes des Präsidenten zu gelangen. Sicherheitskräfte stoppten diese mit Wasserwerfern und Tränengas. Am 20.05.22 wurden Angaben des Präsidialamts zufolge neun weitere Kabinettsmitglieder u.a. für die Bereiche Gesundheit, Handel und Tourismus vereidigt. Der neue Premierminister Wickremesinghe warnte derweil vor Lebensmittelengpässen und versprach, dass die Regierung sich dafür einsetze, für die nächste Pflanzsaison von September bis März genügend Düngemittel einzukaufen, um die Ernteerträge zu steigern. Am 19.05.22 verkündete die Zentralbank des Landes, dass sie Devisen für Treibstoff und Kochgas gesichert habe, um die Knappheit zu lindern. Die Mittel setzen sich Berichten zufolge u.a. aus Geldern der Weltbank sowie aus Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Staatsangehörigen zusammen. Die Inflation liegt derzeit bei rd. 30 %.

30. Mai 2022

Höhere Treibstoffpreise, Wickremesinghe nun auch Finanzminister

Nach wie vor hält der Treibstoffmangel an und die Regierung erhöhte am 24.05.22 die Preise für Diesel um 35-38% und für Benzin um 20-24 %. Dies wirkt sich auch auf die Kosten für Transport und die öffentlichen Verkehrsmittel aus. Der neu ernannte Premierminister Ranil Wickremesinghe (vgl. BN v. 16.05.22) übernahm offiziellen Angaben zufolge am 25.05.22 auch das bislang vakante Amt des Finanzministers und wird die Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) leiten. Das Land erlebt aktuell die schlimmste Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit 1948. Es mangelt an Treibstoff, Gas und Medikamenten.

27. Juni 2022

Kabinett billigt Verfassungsänderung

Am 21.06.22 gab ein Parlamentssprecher die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs über einen von der Oppositionspartei Samagi Jana Balawegaya (SJB) eingebrachten Vorschlag einer Verfassungsänderung bekannt, die die Macht des Präsidenten beschneiden soll – eine grundlegende Forderung der Protestbewegung im Land. Demnach sei für eine entsprechende Änderung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und die Zustimmung durch ein Referendum notwendig. Einen Tag zuvor billigte das Kabinett eine abgeschwächte Form der Änderung, bei der der Präsident erhebliche Befugnisse behalten würde. Der Vorschlag wird nun dem Parlament vorgelegt.

Premierminister meldet Zusammenbruch der Wirtschaft

Premierminister Ranil Wickremesinghe verkündete am 22.06.22 vor dem Parlament den vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft. Das Land befindet sich in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit, nachdem die Devisenreserven auf ein Rekordtief gesunken waren und grundlegende Importgüter wie Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff im Land knapp werden. An Tankstellen warten Menschen Stunden bzw. tagelang auf Treibstoff und immer wieder gibt es dort Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Nach wie vor kommt es v.a. in Colombo zu Protesten gegen die Regierung von Präsident Gotabaya Rajapaksa. Vor wenigen Tagen warnten die UN vor einer humanitären Krise. Offiziellen Angaben zufolge könnten in den kommenden Monaten rd. fünf Mio. Menschen von Nahrungsmittelknappheit betroffen sein. Derzeit befinden sich Vertretende des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Land, um über ein Rettungspaket zu beraten.

